



DIE LINKE.

Ortsverband Leimen

Original sozial

Wahlprogramm

- ◀ **Sozial gerecht, konsequent, demokratisch**
- ◀ **Kommunalpolitisch kreativ**
- ◀ **DIE LINKE. ist die einzige soziale Partei in Leimen**
- ◀ **Keine architektonischen und finanziellen Katastrophen**
- ◀ **Für eine menschenfreundliche Infrastruktur**

Wahlprogramm und Aktivitäten der *LINKE* in Leimen: www.DieLinke-Leimen.de

Aktivitäten der *LINKE* im Kreis: www.DieLinke-Rhein-Neckar.de

Kontaktadresse, V.i.S.d.P.: **Joachim Buchholz**, Leimen, Pestalozzistr. 19

E-Mail: Joachim-Buchholz@web.de

Dokumentationen im Internet:

„Schwimmbadkatastrophe“ (allgemeiner Bericht)

„Historie, die s.a.b. in Leimen“ (BAZ: Die Entwicklung zur Katastrophe)

„Vertrag mit der s.a.b.“ (trotz Jäkel-Rede – Protokoll eines verhängnisvollen Vertrags)

Inhaltsverzeichnis

(Klick auf Pfeil oder Text springt zum Kapitel)

◀ Allgemeines zu unseren Arbeitsweisen und Zielen.....	3
◀ Kommunale Grundsätze der Linken	3
◀ Menschenfreundliche Infrastruktur.....	4
◀ Förderung der Vereine	4
◀ Schwimmbad-Debakel.....	5
◀ Historische Entwicklung.....	5
◀ Aktuelle Entwicklungen.....	6
◀ Sozial gerecht.....	7
◀ Kinder- und Jugendunterstützung	7
◀ Arbeit und weitere soziale Aspekte	7
◀ Förderung ökologischer Politik und der Einsatz regenerativer Energien.....	8
◀ Unser Demokratieverständnis	8
◀ Mehr Bürgerbeteiligung.....	8
◀ Bürgerversammlungen und Bürgerentscheide stärken	8
◀ Friedensbewegung	9
◀ Integration.....	9
◀ Integration statt Ausgrenzung	9
◀ Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger.....	9
◀ Rassismus und Neonazis vor Ort bekämpfen	9
◀ Mobilität	10
◀ Radwegenetz in Leimen	10
◀ Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in Leimen.....	10
◀ Leimen braucht verantwortungsvolle LINKE Gemeinderäte.....	11
◀ Kandidatenliste.....	12
◀ Das Wahlverfahren	13
◀ So werden die Sitze verteilt	13

◀ **Allgemeines**

DIE LINKE unterstützt in Leimen die Initiativen der Menschen in Vereinen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Beschäftigte in den öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen, Arbeitsloseninitiativen, Umweltgruppen, Kirchen und viele andere, die zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Bürger in Leimen beitragen.

Wir wissen alle, dass durch Politik kaum Veränderungen von heute auf morgen erreicht werden können. Das ist auch gut so, denn Demokratie braucht Zeit.

Wir wissen alle, dass kurz- oder langfristige Ziele unterschiedliche Maßnahmen erfordern. Wir beobachten, dass immer mehr „kurzfristige“ Argumente benutzt werden, ohne den Schaden zu sehen, den sie bei der langfristigen Betrachtung hervorrufen.

Unser oberstes Ziel ist es, auch hier in Leimen Zeichen zu setzen – damit es mehr Menschen, langfristig gesehen, wieder besser geht und Dinge, die in der Vergangenheit schlecht gelaufen sind, künftig anders und besser entschieden werden. Das ist keine leichte Aufgabe – aber das Gefühl tausender Mitbürger, dass sich „Etwas“ ändern muss, **kann** nicht falsch sein!

Wir, *DIE LINKE*, versuchen in kleinen Schritten das Unsere dazu beizutragen, dass dieses „Etwas“ sich zum Wohle aller Bürger verändert.

Wir sind dafür, dass die Leimener **Sachfragen** im Vordergrund stehen und keine personal- oder parteipolitischen Diskussionen.

Wir setzen uns für eine respektvolle, achtsame und an Objektivitäten orientierte, wertvolle Diskussionskultur ein.

Wir sind davon überzeugt, dass eine „andere und bessere Welt“ möglich ist – mit der Hilfe eines jeden Einzelnen. Wir sind Demokratie.

◀ **Kommunale Grundsätze der Linken**

Linke Kommunalpolitik steht für die Durchsetzung sozialer Rechte und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Wir treten ein für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und wollen für die EinwohnerInnen eine Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort.

Die Kommunen müssen über die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge bestimmen können. Kommunale Entscheidungen dürfen nicht an Beraterfirmen und wirtschaftliches Handeln nicht an die private Wirtschaft delegiert werden.

Die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung kann nur verwirklicht werden, wenn die Kommunen selbst wirtschaftlich tätig sind und die öffentlichen Bereiche ausgebaut werden.

- **Leimen braucht verantwortungsvolle LINKE Gemeinderäte**
- **In Leimen zu leben, muss angenehm sein!**

◀ **Menschenfreundliche Infrastruktur**

- **Bessere Arbeitsbedingungen für die Verwaltung**, damit sie alle Menschen, die mit dem Verwaltungs-, Formular-, Vorschriften- und Gesetzesdschungel Schwierigkeiten haben, noch besser beraten kann. Die Verwaltung soll auch Benachteiligte informativ und zuvorkommend betreuen können, damit diese sich unterstützt und gefördert fühlen.
- **DIE LINKE ist für die Einrichtung einer parteiübergreifenden Beschwerdestelle für Bürger, die sich von Behörden nicht korrekt behandelt fühlen.**
- **DIE LINKE fordert die Ernennung eines Behinderten-Beauftragten.**
- **Buslinie Bammental – Gauangelloch – Ochsenbach – Lingental – Leimen – St.Ilgen** mit Verknüpfung der Fahrzeiten an die Fahrpläne der S-Bahn, ebenso Ausbau des Stadtbusnetzes am Wochenende / an Feiertagen.
- **Ausbau der Park-and-Ride-Möglichkeiten** am Bahnhof St. Ilgen (Parkhaus? Finanziert durch Konjunkturprogramme).
- **Unterstützung des Bauvorhabens der Ev. Kirche St. Ilgen am Leimbach**, indem die Stadt der Kirche das Gelände zu vertretbarer Erbpacht überlässt.
- **Sozial zu sein und christlich zu sein, ist für uns – DIE LINKE Leimen – kein Widerspruch.** Wir und Sie wollen mit vereinten Kräften unsere Stadt Leimen fördern und verbessern, damit sie nach vielen Katastrophen und den Fehlentscheidungen der letzten Jahre lebens- und liebenswerter wird.
- **Wir sind für die attraktivere Ausgestaltung öffentlicher Plätze**, für mehr Brunnen, Bänke und mobiles Grün (Blumenkästen) zum Verweilen, gerade auch für Senioren.
- **Barrierefreier Zugang für Behinderte und Senioren** in *allen* öffentlichen Einrichtungen und anderen Bereichen laut Gesetzeslage (Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen).
- **Stärkung des örtlichen Einzelhandels.**
- **Unterstützung der Ansiedlung von Gewerbe und Wirtschaft, besonders solche, die ökologisch und nachhaltig wirtschaften.**
- **Beschleunigung der Stadtsanierung.**
- **Ausbau des Radwegenetzes.**

Unser Ziel ist es, auch in diesen Bereichen Veränderungen zu bewirken, damit Entscheidungen, die bisher schlecht gelaufen sind, künftig anders entschieden werden. Beispielsweise wollen wir, da die Große Kreisstadt Leimen Kreisumlage zahlt, dass auch nach Leimen überörtliche Einrichtungen kommen.

◀ **Förderung der Vereine**

- Die Vereine erfüllen in erster Linie ihre satzungsgemäßen Zwecke. Sie sind aber auch ein Ort der zwischenmenschlichen Kommunikation. Durch das weitreichende Engagement ihrer Mitglieder leisten sie zahlreiche soziale Aufgaben. Sie sind Kulturträger unserer Stadt. Deshalb unterstützen wir sie nach Kräften.

*Sie haben bestimmt auch andere – eigene – Wünsche und Vorschläge.
Reden Sie mit uns, oder schreiben Sie uns!*

◀ **Schwimmbad-Debakel**

1) Historische Entwicklung – 2) Aktuelle Entwicklungen

1) Historische Entwicklung

Das erst im Jahr 2007 als Modellfall für das Land Baden-Württemberg in Leimen neu eröffnete Frei- und Hallenbad, als „s.a.b. Aqua Balance Gesundheits- und Bäderpark“ bekannt, ist durch den ab 01.04.2009 geltendem Aufhebungsvertrag an die Stadt Leimen zurückgegangen. Das wird unsere Stadt über Jahre hinweg noch viel Geld kosten. Denn die vereinbarte Staffelmiete von anfangs 420.000,00 Euro kostet die Stadt bis 2036 insgesamt mehr als 18 Millionen Euro – gleichgültig, ob das Bad in dieser Zeit weiter betrieben wird oder nicht. Wie die Stadt diesen Millionen-Schaden auszugleichen gedenkt, erfährt der mündige Bürger vor den Wahlen natürlich nicht. Denkbar sind Steuer- und Gebührenerhöhungen aller Art, welche alle Bürger und Bürgerinnen treffen – auch Mieter, denn die Grundsteuer darf bekanntlich auf die Miete umgelegt werden. Bezeichnend für alle Vorgänge ist, dass die Verhandlungen sowohl bei der Gründung als auch bei der Rücknahme des Bades hinter verschlossenen Türen stattfanden.

Wir lassen es nicht zu, dass die Verantwortlichen „abtauchen“. Verträge mit Betreiberfirma, Beraterfirmen und Wirtschaftsprüfern und deren Ergebnisse müssen offengelegt werden. Wir meinen, die Beraterfirmen haben die Stadt nur zu ihren Ungunsten beraten, der Privatisierung in Form eines PPP-Projektes wurde einseitig der Vorzug gegeben. Eine Sanierung des Bades durch die Stadt wäre mit veranschlagten acht Millionen Euro billiger gekommen. Doch die Verwaltungsspitze behauptete, dass die Sanierung der Schwimmbäder je nach Haushaltslage teurer sei als die Gesamtanierung auf einen Schlag. Fast alle Stadträte der CDU, SPD und FWV haben dies geglaubt und nicht nachgeprüft – sondern dem PPP-Projekt zugestimmt. Städte in der Umgebung haben Schwimmbadsanierungen Zug um Zug mit Erfolg durchgeführt. Das einstmals schönste Bad in der Region ist architektonisch-planerisch und finanztechnisch völlig verhunzt worden, unter Billigung und auf Anraten des Finanz- und Planungschefs Bruno Sauerzapf. Ebenso hat Oberbürgermeister Ernst als Chef der Verwaltung, wie wir meinen, auch in dieser Angelegenheit versagt.

Von Anfang an hat die Stadt die Einhaltung der Verträge nur unzureichend überwacht. Die schweren betriebswirtschaftlichen Fehler und das große haushaltstechnische Risiko des Konkurses wollte man nicht sehen, obwohl im Gemeinderat – unter anderem durch Herrn Gemeinderat Jäckel (GALL) und Herrn Jundt (SPD) – sowie von weiteren Bürgerinnen und Bürgern eindringlich davor gewarnt wurde. Der Heimfall (Reinfall) des Bades ist letztendlich eine Bankrotterklärung der Verwaltungsspitze und der Mehrheit der Gemeinderäte.

Das Märchen „wir hatten keine andere Wahl gehabt“ ist längst widerlegt.

Andere Möglichkeiten sind, mangels Ernst und Ehrgeiz, nie sachgerecht geprüft worden. Auch jetzt beim Heimfall (Rücknahme) des Bades werden die wahren Sachverhalte, wie vor der OB-Wahl, von der Verwaltungsspitze verschleiert. Nach der Gemeinderatswahl kommt es dann knüppeldick. Nach dem Muster der OB-Wahl werden die wahren Sachverhalte schöngeredet und verschleiert. Die gesamte Verschwendung von Steuergeldern durch die Verwaltungsspitze, mit Billigung des Gemeinderates, beläuft sich nach unseren Schätzungen auf einen zweistelligen Millionenbetrag.

Wir meinen, die Verwaltungsdoppelspitze hat die Finanzen unserer Stadt wie Bank-Manager an die Wand gefahren.

2) Aktuelle Entwicklungen zum Bäderpark

Der Heimfall (Reinfall) ist vollzogen. Seit dem 1. April 2009 gehört das Schwimmbad wieder der Stadt Leimen. Bei der Rücknahme der Bäder traten sehr viele Schäden zu Tage, die mit übernommen werden mussten. So ist z.B. die Kegelbahn nicht fertig, ein großer Teil des Geländes ist nicht gerodet, geschweige denn mit Rasen eingesät, das Edelstahlhauptbecken ist defekt, usw., usw. Welche Aufsicht zur Überwachung der Erfüllung der Verträge hat der werbe OB Ernst ausgeübt? Wie konnte eine solche Ansammlung von Mängeln sich aufbauen? Die Mängel konnten unmöglich kurzfristig entstehen. Warum sind Ansprüche auf Grund der Verträge und Forderungen der Stadt an die s.a.b. durch Oberbürgermeister Ernst nicht durchgesetzt worden? Nein – alles was Ernst konnte, war, wie wir meinen, in der für ihn typischen Methode der Täuschung überall zu verkünden, in Leimen laufe alles bestens. Wir meinen, Herr Ernst hat seine Pflicht zur Vertragsaufsicht nicht oder zumindest falsch ausgeübt mit der Folge der schweren Schädigung der Stadt, ihrer Bürger und ihres Ansehens.

Das nächste nun personalpolitische Debakel bahnt sich an. Bisher haben hauptamtliche voll angestellte Fachleute mit entsprechender Berufserfahrung die Schwimmbäder geleitet. Trotzdem wurde das Projekt an die Wand gefahren. Denn ein Schwimmbadunternehmen erfordert höchste betriebswirtschaftliche und technische Kompetenz und natürlich eine Marketingstrategie. Auf Beschluss des Gemeinderates mit den Mehrheiten von CDU, SPD und FWV und des Oberbürgermeisters wird der Bäderpark als Eigenbetrieb der Stadt weitergeführt. Alles ohne Eröffnungsbilanz, was einmalig ist. Damit wird die Einbindung des Heimfalls in den Haushalt der Stadt Leimen verschleppt. So will man die Schulden (weit über 65 Millionen Euro) verschleiern. Leimen droht damit die Überschuldung, was bedeutet, dass die Stadt ohne Vorlage eines ausgeglichenen Haushaltes unter die Zwangsverwaltung des Regierungspräsidiums gestellt werden kann.

Erst nach den Wahlen erfahren dann die Bürger das wahre Ausmaß der Verschuldung. So war es auch vor der OB-Wahl, als OB Ernst die Bürger erst nach der Wahl über den drohenden Konkurs des Schwimmbades informierte – obwohl er schon lange vorher davon Kenntnis hatte. So läuft es auch diesmal ab. Für die Fehlentscheidungen der Politiker von CDU, SPD und FWV müssen letztendlich alle Bürger die Zeche zahlen. Natürlich nach den Wahlen. Zwei Amtsleiter der Stadt, ohne irgendwelche technischen Kenntnisse in der Führung eines Bäderbetriebes, leiten jetzt nebenamtlich den Bäderpark. Woher nehmen sie auf einmal diese Zeit?

CDU, SPD und FWV und die Verwaltungsdoppelspitze (OB Ernst und 1. Bürgermeister Bruno Sauerzapf), produzieren nun wiederholt in gewohnter Weise wider bessere Wissen (erinnert sei an die Rede von Stadtrat Jäkel – „ein verhängnisvoller Vertragsabschluss“) den nächsten Skandal. Hat denn die Mehrheit der Gemeinderäte von CDU, SPD, FWV und die Verwaltungsdoppelspitze in diesen Angelegenheiten jemals kaufmännisch, haushaltstechnisch angemessen gearbeitet und entschieden? Verantwortungsbewusst in diesen Ämtern arbeiten zu wollen genügt nicht, man muss es auch können. Deshalb braucht Leimen verantwortungsvolle *LINKE* Gemeinderäte.

Weitere Informationen: www.DieLinke-Leimen.de

- „Schwimmbadkatastrophe“ (Allgemeiner Bericht)
- „Historie: Die s.a.b. in Leimen“ (Die Entwicklung zum Verhängnis)
- „Vertrag mit der s.a.b“ (trotz Jäkelrede – Protokoll eines verhängnisvollen Vertrag.

◀ **Sozial gerecht**

Kinder- und Jugendunterstützung

- **Kostenlose, regelmäßige medizinische Untersuchung** aller Kinder und Jugendlichen.
- **Ausreichend kostenlose Krippen- und Kindergartenplätze** (wie es sie in anderen Städten gibt) mit ausreichend pädagogischem Fachpersonal, angemessenen Gruppengrößen, Mittagstisch und Ganztagesangeboten – damit Arbeit und Kinder vereinbar sind, ebenso Eltern-Kind-Kurse.
- **Vollständige Bildungsangebote, bessere Schulhäuser und Koordination** moderner Bildungsangebote durch die Stadtverwaltung.
- **Die Verteilung der Schularten auf vorhandene Gebäude ist mit dem Bedarf der Verwaltung abzustimmen** (kein teures Kurpfalzzentrum). Die kommunale Schulverwaltung ist gefordert.
- **Ebenso wollen wir ein modernes Bildungsangebot**, das der multimedialen Gesellschaft gerecht wird, damit Bildung und Erziehung nicht wie in Winnenden endet.
- **Wir wollen Ganztageschulen mit kostenlosem Mittagessen.**
- **Schulbedarfspakete** (Starterpakete) bei Einschulung und Versetzungen für Kinder einkommensschwacher Eltern.
- **Wir wollen, dass die Jugend zu Frieden und Demokratie erzogen wird.**
- **Jugendzentrum**
Die Jugendarbeit muss, wie es in anderen Gemeinden der Fall ist, ausgebaut werden. Jugendsozialarbeit verdient einen besonderen Stellenwert. Ebenso das Vereinszuschussprogramm (VZP) der Stadt mit Schwerpunkt Jugendförderung.

◀ **Arbeit und weitere soziale Aspekte**

- **Schrittweise Überwindung der Armut in unserer Stadt!**
- **Keine 1 €-Jobs bei der Stadt Leimen.**
- **Keine Aufträge an Firmen mit Dumpinglöhnen**
Die Städte und Gemeinden schaden sich selbst, wenn sie den Vorreiter spielen bei der Einrichtung von 1 €-Jobs und Ausweitung des Niedriglohnsektors. Sie schaffen damit mehr Armut und müssen dann die sozialen Folgekosten tragen. Die Stadt Leimen darf keine 1 €-Jobs mehr vergeben. Bereits vorhandene 1 €-Jobs müssen in Vollzeitstellen zu Tariflöhnen umgewandelt werden. Dementsprechend setzt sich *DIE LINKE* dafür ein, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen.
- **Keine Zwangsumzüge für ALG II-Bezieher**
Wohnen ist Menschenrecht! Niemand darf wegen Hartz IV aus seiner Mietwohnung vertrieben werden! *DIE LINKE* setzt sich auf allen Ebenen, d. h. auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene dafür ein, dass durch Zuschüsse der Gemeinden zu Wohn- und Heizkosten von Hartz IV-Beziehern ein erzwungener Wohnungsumzug in eine ungünstigere Wohnung verhindert wird. Dementsprechend setzen wir uns auch dafür ein, dass der öffentliche Wohnungsbau gefördert wird, sowie alternative und genossenschaftliche Projekte.

- **Sozialpass**
DIE LINKE setzt sich für die Einführung eines Sozialpasses ein, der einkommensschwachen Menschen den kostenlosen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen (Bäder, Büchereien, Museen usw.) und die kostenlose Benutzung der öffentlichen Nahverkehrsmittel und anderer sozialer Einrichtungen ermöglicht.
- **Senioren**
Unterstützung innovativer sozialer Projekte für Senioren. Wir unterstützen auch Generationenhäuser/Seniorenzentren, in denen alte Menschen sich treffen und austauschen können, und Projekte zur Tagesbetreuung pflegebedürftiger Senioren.
- **Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen**
Bei der Bewältigung gemeinnütziger Aufgaben und beim Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors braucht es städtische Investitionen in Non-Profit-Bereiche, nicht die Delegation an profitorientierte privatwirtschaftliche Anbieter. Bestehende Privatisierungen bedeuten für die Bürger nur höhere Kosten ohne adäquate Gegenleistung, und nur die Kapitalanleger profitieren von solchen Privatisierungsmaßnahmen.

◀ **Förderung ökologischer Politik und der Einsatz regenerativer Energien**

- **Reformierung der Grundsteuer B für bebaute Grundstücke**
Anhand des Energieausweises für Wohngebäude wird zukünftig der Grundsteuerhebesatz (Grundsteuer B) festgelegt. *DIE LINKE* unterstützt dieses Vorhaben. Klimaschutz muss sich lohnen! Deshalb soll der Hebesatz für die Grundsteuer reformiert werden. Wer in Klimaschutz investiert, spart Grundsteuer. Deshalb fordern wir die Einrichtung der Stelle eines Klimaschutzbeauftragten. Zur Ausarbeitung eines städtischen Energie- und Umweltkonzeptes sollen lokale Akteure wie z.B. Umweltschutzgruppen, Betreibergesellschaften von Solarprojekten, Unternehmen und kompetente Privatpersonen einbezogen werden.

◀ **Unser Demokratieverständnis**

- **Mehr Bürgerbeteiligung**
Demokratie bedeutet, dass die Menschen aktiv in der Politik mitbestimmen können und nicht nur ihre Stimme alle paar Jahre bei Wahlen abgeben dürfen. Dazu braucht es mehr Transparenz und bessere Möglichkeiten für die Bürger zu mehr direkter Beteiligung an Sachfragen, die ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen. Insbesondere die Haushalte von Städten und Gemeinden dürfen nicht länger erst dann öffentlich diskutiert werden, wenn sie in geheimen Zirkeln hinter verschlossenen Türen bereits ausgehandelt sind. Deshalb muss auch die Arbeit des Leimener Gemeinderats transparenter werden. *DIE LINKE* fordert, dass Sitzungsprotokolle und Beschlussvorlagen im Internet öffentlich zugänglich gemacht werden. Auch sind Verträge, an die Leimen sich bindet, vor der Beschlussfassung offen zu legen.
- **Bürgerversammlungen und Bürgerentscheide stärken**
DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass soziale Bewegungen, Vereine, Stadtteilforen, Bürgerversammlungen und Bürgerinitiativen die Gelegenheit haben, sich aktiv an den Entscheidungsprozessen des Gemeinderates zu beteiligen. Hierzu existiert in Baden-Württemberg mit „Mehr Demokratie e.V.“ ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Umweltverbänden für

die Erleichterung von Bürgerentscheiden auf Kommunal- und Landesebene. *DIE LINKE* unterstützt die Aktivitäten dieses Bündnisses und fordert generell einfache, demokratische und zeitgemäße Verfahren für Bürgerversammlungen und Bürgerentscheide. Auch wird *DIE LINKE* auf kommunaler Ebene zu wichtigen Entscheidungen Bürgerversammlungen verlangen und Bürgerentscheide unterstützen oder ermöglichen.

- **Friedensbewegung**

DIE LINKE ist aktiver Teil der Friedensbewegung gegen militärische Rüstung und internationale Kriegseinsätze. Deshalb würden wir es begrüßen, wenn es in Leimen zu keinen weiteren Bundeswehrgelehnissen kommt und die Bundeswehr keine Werbekampagnen an Schulen durchführt. Zudem strebt *DIE LINKE* eine Beteiligung der Gemeinde an der Initiative „Cities for Peace“ an.

◀ **Integration**

- **Integration statt Ausgrenzung**

So genannte Parallelgesellschaften bilden sich heraus, wenn Menschen die Teilhabe am politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben verwehrt wird, d.h. wo Menschen durch die offizielle Politik diskriminiert werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass in Kindergärten, Schulen, Sportvereinen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft zusammenkommen und niemand ausgegrenzt wird. Dazu brauchen wir unter anderem mehr ausgebildete Erzieher/Innen und Sozialarbeiter/Innen, mehr soziale Unterstützung sowie mehr Ausbildungs-, Freizeit- und Kulturangebote für sozial schwache und benachteiligte Familien.

- **Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger**

Zur kommunalen Demokratie gehört, dass alle Menschen die hier leben, die gleichen sozialen und staatsbürgerlichen Rechte haben. Bürgerinnen und Bürger aus der Europäischen Union haben inzwischen das kommunale Wahlrecht. Das ist gut. Aber vom Wahlrecht sind nach wie vor Menschen ausgeschlossen, die hier seit Jahren oder Jahrzehnten ihren Lebensmittelpunkt haben, arbeiten und Steuern bezahlen, aber keinen deutschen oder EU-Pass besitzen. Das ist höchst undemokratisch! Das kommunale Wahlrecht muss auf Nicht-EU-Ausländer ausgeweitet werden. Denn es ist ein schreiender Widerspruch, dass z. B. ein Kind mit türkischer Herkunft in der dritten Generation in der Schule lernt, was das Grundgesetz beinhaltet und was Parteien sind und daheim lernen muss, dass Eltern und Großeltern per Gesetz vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

◀ **Rassismus und Neonazis vor Ort bekämpfen**

- **Bekämpfung von Neonazis jeglicher Art**

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller und sind eine Folge einer verfehlten Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, die ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken macht. „Ausländer raus“-Parolen sind keine Meinungsäußerung, sondern eine verbrecherische Diskriminierung der Betroffenen und haben deshalb in einem demokratischen Gemeinwesen nichts verloren. Wir verteidigen den öffentlichen Raum gegen die Bestrebungen von neofaschistischen und nationalistischen Organisationen, ihr verbrecherisches und Menschen verachtendes Gedankengut zu verbreiten. Hierbei setzen wir auf antifaschistische Aufklärungsarbeit und breite Bündnisse gegen Rechtsextremismus.

◀ **Mobilität**

- **Radwegenetz in Leimen**

Radfahren ist eine ökologisch sinnvolle Alternative zum privaten motorisierten Individualverkehr. Notwendig ist es, hier eine entsprechende Infrastruktur für Radfahrer zu schaffen und die Akzeptanz dieser Fortbewegungsart zu fördern.

Zur notwendigen Infrastruktur gehört ein akzeptables Radwegenetz. Ein solches ist in Leimen fast nicht vorhanden. Es fehlt eine durchgängige Nord-Süd-Verbindung entlang der Rohrbacher Straße – und dort, wo ein Radweg vorhanden ist, ist er in einem maroden Zustand. Des Weiteren fehlt eine durchgängige Verbindung zwischen Leimen und St. Ilgen. Auch enden Radwege oft unvermittelt im Nirgendwo oder auf der Fahrbahn.

An öffentlichen Einrichtungen wie Rathaus, Kurpfalzzentrum, Ägidiushalle, Schwimmbad usw. müssen Abstellplätze für Fahrräder geschaffen werden, wie z. B. schon am S-Bahnhof St. Ilgen geschehen.

Die Mitnahmemöglichkeiten der Räder im ÖPNV sind zu verbessern.

- **Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in Leimen**

Barrierefreiheit ist ein Menschenrecht, das mit dem Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen Verfassungsrang erhielt.

Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft führt dazu, dass es immer mehr ältere Menschen geben wird. Darauf hat sich die Gesetzgebung bereits eingestellt – die Stadt Leimen aber noch nicht. Mobilitätseingeschränkte Menschen – egal ob RollstuhlfahrerInnen oder andere gehbehinderte Menschen – haben einen Anspruch auf umfassende Teilhabe am städtischen Leben.

Dies ist nur über eine barrierefreie Gestaltung der öffentlichen Lebensbereiche zu erreichen. Schließlich muss man erst einmal eine Zugänglichkeit schaffen, damit man an entsprechenden Veranstaltungen oder Ereignissen teilhaben kann. Dabei genügt schon eine einzige Stufe, um es einem E-Rollstuhlfahrer zu verunmöglichen, an ein bestimmtes Ziel zu gelangen.

DIE LINKE fordert deshalb, dass sich die Stadt Leimen dazu bekennt, das Ziel der Barrierefreiheit zu ihrem eigenen zu machen und die teilweise untragbaren Zustände schnellstens anzugehen. Es ist ein Skandal, dass es nach wie vor in Leimen wichtige Veranstaltungszentren und städtische Einrichtungen gibt, die nicht barrierefrei zugänglich sind. Der zweite wichtige Bereich ist der öffentliche Nahverkehr, der sich teilweise in einem bedauernswerten Zustand befindet.

Deshalb fordert *DIE LINKE* zunächst: Die Haltestelle Kurpfalzzentrum muss umgehend barrierefrei gestaltet werden. Es handelt sich um eine zentrale Umsteigehaltestelle, die es den Rollstuhlfahrern dann ermöglichen würde, mit der Straßenbahn nach Heidelberg zu kommen!

Das Bürgerhaus Leimen, in dem zahlreiche öffentliche Veranstaltungen stattfinden und in dem sich viele Vereine und Gruppen treffen, muss schnellstens barrierefrei umgebaut werden. Geradezu mittelalterlich mutet es an, wenn eine Seniorenberatungsstelle, die auch für schwerbehinderte Menschen zuständig ist, nur über Stufen zu erreichen ist.

◀ **Leimen braucht verantwortungsvolle LINKE Gemeinderäte**

- **Leimen hat einen besseren Gemeinderat verdient.**

In dieser Stadt wird zuviel hinter verschlossenen Türen getagt. Dort fallen Entscheidungen, für die letztendlich die Bürger gerade stehen müssen bzw. zur Kasse gebeten werden.

Die bestehende Rathausmehrheit hat, zusammen mit der Spitze der Stadtverwaltung, die Stadt nahe an den finanziellen Abgrund herangeführt. Leimen droht Handlungsunfähigkeit.

Die Schulden der Stadt haben sich seit dem Amtsantritt von OB Ernst mehr als verdoppelt. Sie betragen über 50 Millionen Euro. Durch das gescheiterte PPP-Modell Schwimmbad kommen für die Stadt bis zum Jahr 2036 mindestens weitere 18,5 Millionen Euro hinzu. Des Weiteren fallen noch laufende Betriebskosten für die Bäder von jährlich bis zu einer Million Euro an, vielleicht sogar noch mehr.

Die laufenden Einnahmen der Stadt decken nicht mehr die laufenden Ausgaben. Wie soll das in Zukunft weitergehen?

Verwunderlich mutet die Tatsache an, dass der Hauptamtsleiter, der wegen Untreue zu Lasten der Stadt rechtskräftig verurteilt wurde, vor den Wahlen noch schnell hinter verschlossenen Türen befördert wurde.

◀ Ihre Nachbarn – unsere Kandidaten

- **Kandidatenliste:**

Nr.	Name	Beruf
1	Joachim Buchholz	Technischer Angestellter
2	Kirsten Claus	Dipl.-Pädagogin
3	Christof Bunse	Hausverwalter
4	Heinrich Müller	Elektroniker
5	Elgin Fischbach	derzeit arbeitslos
6	Norbert Reiter	Landschaftsgärtner
7	Edgar Fickelscher	Rentner
8	Horst Hembera	Diplom-Soziologe
9	Kerstin Hahn	Dipl.-Betriebswirtin BA
10	Daniela Rauth-Rehberger	Altenpflegerin
11	Harald Schubert	derzeit arbeitslos
12	Gerhard Steinmann	Rentner
13	Nadja Rehberger	Studentin
14	Andreas Hahn	Elektrotechnikmeister
15	Hildegard Fickelscher	Hausfrau
16	Reinhard Janz	Verlagsfachwirt
17	Maria Elena Janz	Mediengestalterin
18	Ulrike Kling	Dipl.-Sozialarbeiterin
19	Michael Neubert	Behindertenbetreuer
20	Beate Buchholz	Krankenschwester
21	Manfred Ziegler	Rentner
22	David Losak	Softwareentwickler
23	Heinz-Dieter Birg	Berufskraftfahrer
24	Timo Jacobs	Erziehungswissenschaftler
25	Dorothea Hardin	Krankenschwester
26	Volker Specht	Baufacharbeiter
27	Josef Bunse	Rentner

◀ **Das Wahlverfahren**

- **Wahlverfahren:**

Wenn Sie die Kandidaten aus dem Wahlvorschlag DIE LINKE wählen wollen, haben Sie insgesamt 32 Stimmen.

Sie können einem Bewerber bis zu 3 Stimmen geben

(Kumulieren, zu deutsch Stimmanhäufung).

Bei mehr als drei Stimmen für einen Kandidaten oder mehr als 32 Stimmen insgesamt ist der Stimmzettel ungültig!

Deshalb bitte genau nachzählen!

Sie können aber auch Bewerber aus anderen Wahlvorschlägen durch Hinzufügen des Namens übernehmen und einem Bewerber bis zu drei Stimmen geben (Panaschieren, zu deutsch Mischen). Damit gehen allerdings *DER LINKEN* Stimmen verloren.

Wenn Sie einen leeren Stimmzettel (unverändert) abgeben, erhält jeder Kandidat *DER LINKEN* je eine Stimme, insgesamt 27 Stimmen für *DIE LINKE*.

Damit hätten Sie fünf Stimmen verschenkt.

Wenn Sie auf dem Stimmzettel Kandidaten *DER LINKEN* mit Kreuz oder Ziffer positiv kennzeichnen, sollten Sie Ihre insgesamt 32 zu vergebenden Stimmen auf unsere 27 Kandidaten verteilen. **Damit haben Sie keine Stimme verschenkt und Ihre 32 Stimmen für *DIE LINKE* voll ausgeschöpft!**

- **So werden die Sitze verteilt**

Bei der Sitzverteilung bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg wird das so genannte d'Hondtsche Höchstzahlverfahren angewandt. Für die Gemeinderats- und Kreistagswahl bedeutet dies, dass die Stimmen für alle Bewerber einer Liste (auch die Panaschierten) zusammengezählt werden. Die Gesamtstimmenzahl für die einzelne Liste entscheidet nach d'Hondt über die Zahl der Sitze.

Die auf eine Liste entfallenen Höchstzahlen werden nicht in der Reihenfolge der Platzierung, sondern nach der erreichten Stimmenzahl der Bewerber zugeteilt. Nur bei Stimmengleichheit von Bewerbern einer Liste entscheidet dann die höhere Position auf der Liste.